

Evangelische Volkspartei der Schweiz (EVP)

Generalsekretariat

Nägeligasse 9

3000 Bern 7

Tel. 031 351 71 71

Fax 031 351 71 02

info@evppev.ch

www.evppev.ch

Eidgenössische Finanzverwaltung
Sektion Finanzausgleich
Bundesgasse 3
3003 Bern

30. Juni 2014

**Wirksamkeitsbericht des Finanzausgleichs zwischen Bund und Kantonen 2012-2015:
Vernehmlassungsantwort der Evangelischen Volkspartei der Schweiz (EVP)**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Herzlichen Dank für die Möglichkeit der Stellungnahme zur eingangs erwähnten Vorlage. Die EVP will einen weitergehenden finanziellen Ausgleich zwischen den Kantonen. Die Unterschiede der steuerlichen Belastung zwischen den Kantonen sind noch immer sehr hoch und der Finanzausgleich hat seine diesbezüglichen Ziele noch nicht erreicht. Es ist zu bezweifeln, ob ein Kanton auf seinem Gebiet derart hohe Unterschiede in der Steuerbelastung akzeptieren würde wie sie schweizweit bestehen. Deshalb ist der Grundbeitrag des Ressourcenausgleichs nicht etwa zu reduzieren, sondern schrittweise zu erhöhen, bis sich die Unterschiede in der steuerlichen Belastung merklich zu verringern beginnen. Ferner ist der soziodemografische Lastenausgleich moderat zu erhöhen.

Für unsere Position im Detail verweisen wir auf die nachstehende Beantwortung der von Ihnen gestellten Fragen. Vielen Dank für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme und für Ihre wertvolle Arbeit.

Freundliche Grüsse

EVANGELISCHE VOLKSPARTEI DER SCHWEIZ (EVP)



Präsidentin
Marianne Streiff



Generalsekretär
Joel Blunier

Fragebogen zum Wirksamkeitsbericht des Finanzausgleichs zwischen Bund und Kantonen 2012 – 2015

Ressourcenausgleich

1. Teilen Sie die Auffassung des Bundesrates, der Grundbeitrag des Ressourcenausgleichs 2016-2019 sei aufgrund der permanenten Überschreitung des Mindestausstattungsziels in der zweiten Vierjahresperiode anzupassen (s. Kapitel 5.5.1 bzw. 9.1)?

Die EVP will einen weitergehenden finanziellen Ausgleich zwischen den Kantonen. Heute sind die Unterschiede der steuerlichen Belastung zwischen den Kantonen noch immer sehr hoch. Der NFA hat seine diesbezüglichen Ziele noch nicht erreicht. So ist es im Wirksamkeitsbericht festgehalten: „Wird die Gesamtheit der Kantone betrachtet, so kann nicht generell von einem Abbau der Unterschiede bei der Steuerbelastung gesprochen werden.“ Entsprechend lehnt die EVP eine Senkung der Grundbeiträge ab.

Weiter muss berücksichtigt werden, dass der Bund in den letzten Jahren den Kantonen Aufgaben übertragen hat, welche die Kantonshaushalte schwer belasten. Dies ist besonders bedeutsam, als es sich um Aufgabenbereiche handelt, die ein starkes Wachstum verzeichnen (z.B. Ergänzungsleistungen, Spitalfinanzierung, Pflegefinanzierung). Der Beitrag des Bundes an den NFA (vertikaler Ressourcenausgleich) darf deshalb nicht reduziert werden.

2. Teilen Sie die Auffassung des Bundesrates, auf eine Belastungsobergrenze für ressourcenstarke Kantone sei zu verzichten (s. Kapitel 9.3)?

Ja. Eine Belastungsobergrenze für ressourcenstarke Kantone wäre ein erheblicher Eingriff in das heutige System und würde die Zielerreichung des Finanzausgleichs gefährden. Die EVP teilt die Ansicht des Bundesrates, dass die Anpassung der Grunddotation durch das Parlament alle vier Jahre einer Belastungsobergrenze klar vorzuziehen ist. Sie ermöglicht eine flexible Reaktion auf Entwicklungen der Ressourcenpotenziale unter Berücksichtigung der übrigen Ziele des Finanzausgleichs.

3. Teilen Sie die Auffassung des Bundesrates, dass die bisherige Berechnungsmethode der Ein- und Auszahlungen beizubehalten sei (s. Kapitel 8 bzw. 9.4)?

Ja. Die EVP lehnt sowohl das Konzept einer neutralen Zone wie auch einen fixen Abschöpfungssatz ab. Sie ortet jedoch Handlungsbedarf bei der Solidarhaftung unter den Geberkantonen und bezüglich der möglicherweise zu geringen Anreize der Nehmerkantone zur Steigerung ihres Ressourcenpotentials. Sie bittet den Bundesrat und die Verwaltung deshalb, im nächsten Wirksamkeitsbericht mögliche Lösungen für diese Probleme vertieft zu prüfen und entsprechende Massnahmen vorzuschlagen.

4. Teilen Sie die Auffassung des Bundesrates, das Ressourcenpotenzial sei weiterhin mit den bisherigen Steuerkategorien zu berechnen (s. Kapitel 7.1) und somit auch die Wasserzinsen nicht einzubeziehen (s. Kapitel 9.5)?

Teilweise. Für die EVP ist entscheidend, dass die finanzielle Leistungsfähigkeit der Kantone möglichst vollständig und korrekt ermittelt wird. Nebst den Einnahmen aus Konzessionen und Regalien ist jedoch noch eine Vielzahl weiterer Berechnungsfaktoren für das Ressourcenpotenzial eines Kantons denkbar, namentlich Grundstückgewinn-, Erbschafts- oder Schenkungssteuern, aber auch Kapitalgewinnsteuern, Ausschüttungen der Nationalbank und dergleichen. Je mehr Faktoren berechnet und berücksichtigt werden müssen, desto schwieriger und aufwändiger wird jedoch auch die Festlegung des

Ressourcenpotenzials eines Kantons. Die EVP stimmt deshalb der Berechnung des Ressourcenpotenzials mit den bisherigen Steuerkategorien zu, bittet den Bundesrat und die Verwaltung aber, diese Thematik im Auge zu behalten und im Rahmen künftiger Wirksamkeitsberichte jeweils abzuschätzen, wie gut das berechnete und tatsächliche Ressourcenpotenzial der Kantone übereinstimmen. Für die Akzeptanz der NFA ist die Genauigkeit der ermittelten Ressourcenpotenziale entscheidend.

5. Teilen Sie die Auffassung des Bundesrates, die Gewinne der juristischen Personen im Ressourcenpotenzial seien zusätzlich zum Faktor Beta nicht noch auf 70 Prozent zu reduzieren (s. Kapitel 9.5)?

Ja. Die Problematik, dass sich das Ressourcenpotenzial von juristischen Personen schlechter ausschöpfen lässt als jenes von natürlichen Personen, ist in jedem Kanton in ähnlicher Weise vorhanden. Es kann daher keine generelle Ungerechtigkeit oder Ungleichbehandlung der Kantone beobachtet werden. Es liegt im Gegenteil in der Verantwortung der Kantone, auch das Ressourcenpotenzial der juristischen Personen möglichst gut auszuschöpfen. Wenn die Gewinne der juristischen Personen auch künftig mit vollem Gewicht in die Berechnung des Ressourcenpotenzials einfließen, verstärkt dies die entsprechenden Anreize. Im Übrigen teilt die EVP die Ansicht des Bundesrates, dass eine Neugewichtung der Gewinne von juristischen Personen zwingend in Kenntnis der Auswirkungen einer allfälligen Unternehmenssteuerreform III erfolgen müsste.

6. Teilen Sie die Auffassung des Bundesrates, die Grenzgängereinkommen im Ressourcenpotenzial seien nicht neu zu 50 Prozent, sondern weiterhin zu 75 Prozent zu berücksichtigen (s. Kapitel 9.5)?

Ja. Die EVP anerkennt zwar die herausfordernde Lage der Grenzkantone. Für die quellenbesteuerten Bruttolöhne der Grenzgänger wurde jedoch auf die zweite Vierjahresperiode hin bereits eine verminderte Gewichtung eingeführt. Diese soll nun nicht gleich nochmals reduziert werden.

7. Teilen Sie die Auffassung des Bundesrates, dass bei den Ausgleichszahlungen ressourcenschwacher Kantone mit einer steuerlichen Ausschöpfung unter dem Durchschnitt der ressourcenstarken Kantone keine Reduktion vorzunehmen sei (s. Kapitel 9.5)?

Ja. Die EVP respektiert die Steuerhoheit der Kantone und erinnert daran, dass die Ausgleichsmittel der NFA den Kantonen ohne Zweckbindung zustehen. Eine Reduktion der Steuerbelastungsunterschiede zwischen den Kantonen deckt sich mit den Zielen des Finanzausgleichs und ist aus Sicht der EVP zu begrüßen.

Lastenausgleich

8. Teilen Sie die Auffassung des Bundesrates, der Grundbeitrag des Lastenausgleichs 2016-2019 (Totalbeträge des geografisch-topografischen und des soziodemografischen Lastenausgleichs) sei mittels einer Fortschreibung analog dem im Finanz- und Lastenausgleichsgesetz (FiLaG; Art. 9 Abs. 2) vorgesehenen Verfahren festzulegen (s. Kapitel 9.1)?

Teilweise. Die EVP teilt die Auffassung des Bundesrates, dass die beiden Gefässe des Lastenausgleichs periodisch an die Teuerung angepasst werden müssen. Sie bittet den Bundesrat jedoch zu prüfen, ob dies zwingend jährlich erfolgen muss oder ob die Anpassung jeweils alle vier Jahre zu Beginn einer NFA-Periode vorgenommen werden könnte.

9. Teilen Sie die Auffassung des Bundesrates, dass die Dotationen im geografisch-topografischen und soziodemografischen Lastenausgleich weiterhin gleich hoch sein sollen (s. Kapitel 9.1)?

Nein. Angesichts der tieferen Abgeltung der soziodemografischen Lasten gegenüber den geografisch-topografischen Lasten spricht sich die EVP für eine Erhöhung des soziodemografischen Lastenausgleichs aus. Die beiden Lasten müssen langfristig ungefähr zu gleichen Teilen ausgeglichen werden.

Härteausgleich

10. Teilen Sie die Auffassung des Bundesrates, der Härteausgleich sei auf die dritte Vierjahresperiode nicht aufzuheben (s. Kapitel 9.2)?

Ja. Die Wirkung des Härteausgleichs auf die betroffenen Kantone ist weiterhin erheblich und eine vollständige Aufhebung desselben zum heutigen Zeitpunkt nicht angebracht.

11. Teilen Sie die Auffassung des Bundesrates, dass der Härteausgleich ab 2016 wie vorgesehen (FiLaG; Art. 19 Abs. 3) um jährlich 5 Prozent reduziert werden soll (s. Kapitel 9.2)?

Ja. Der Härteausgleich war immer als vorübergehender Ausgleich konzipiert. Eine Überführung in eine ständige Ausgleichsgrösse ist zu vermeiden und wäre mit Funktion und Zielen des NFA nicht zu vereinen. Ein jährlicher Abbau um 5 Prozent ergibt eine grosszügige Übergangsfrist und erlaubt es den betroffenen Kantonen, die notwendigen Massnahmen zu treffen.

Aufgabenteilung Bund / Kantone

12. Sehen Sie eine sachliche Notwendigkeit, zum jetzigen Zeitpunkt weitere Aufgabenentflechtungen zwischen Bund und Kantonen zu prüfen (s. Kapitel 6.1.3)? Wenn ja, in welchen Gebieten?

Nein. Die Überprüfung der Zuständigkeiten von Bund und Kantonen ist zwar eine Daueraufgabe. Aktuell sähe die EVP jedoch keine Bereiche, in denen eine Aufgabenentflechtung zwischen Bund und Kantonen zwingend zu prüfen wäre.

Hingegen darf der Bund den Kantonen nicht ständig neue Pflichten zur Finanzierung oder Mitfinanzierung auferlegen. Die EVP fordert dementsprechend, dass mit dem dritten Wirksamkeitsbericht überprüft wird, inwiefern Lasten des Bundes auf die Kantone verschoben wurden und inwiefern neue Lasten oder Lastensteigerungen einseitig den Kantonen aufgebürdet wurden.

Weitere Bemerkungen

13. Haben Sie weitere Bemerkungen zur dritten Vierjahresperiode des Finanzausgleichs?

Nein. Vielen Dank für Ihre wertvolle Arbeit!